

# FÖDERALISMUS IN ÄTHIOPIEN & DEVOLUTION IN KENIA

|| Uta Staschewski

Die Nachbarländer Äthiopien und Kenia haben unterschiedliche Systeme für die Übertragung von Funktionen auf regionale Körperschaften und Dezentralisierung politischen Machtanspruchs in unterschiedlichen Zeiträumen adaptiert. Während Äthiopien den Fokus auf den Ausbau eines ethnoföderalistischen Systems gelegt hat, um nationale Identität in einem multiethnischen Staatsgebiet zu fördern und ethnische Konflikte beizulegen, ging es in Kenia vor allem darum, die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen zu fördern, Ungleichheiten auszugleichen und politische Teilhabe der Bevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen zu stärken. Dieser Text beleuchtet beide Systeme aus unterschiedlichen Blickwinkeln und geht insbesondere auf wirtschaftliche und politische Implikationen beider Systeme ein.

Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Die Mehrheit der Bevölkerung verlässt sich auf Subsistenz-Landwirtschaft und Entwicklungsgelder. Dennoch ist Äthiopien unter den am schnellsten wachsenden Nicht-Öl-Volkswirtschaften der Welt. Mit Reformen gelang es der Regierung, die Wirtschaft für ausländische Direktinvestitionen zu öffnen und zum Ausbau einer kommerziellen Landwirtschaft und verarbeitenden Industrie beizutragen.<sup>1</sup> 2013/14 wuchs Äthiopiens Wirtschaft um 10,3 Prozent. Das macht das Land zu einer der leistungstärksten Volkswirtschaften Afrikas. Dieser Trend setzt sich auch weiterhin fort. Äthiopien fehlt es allerdings an einer starken Mittelschicht und

einem aktiven Privatsektor. Land steht im öffentlichen Eigentum und kann folglich von der Bevölkerung nicht ohne weiteres kapitalisiert werden.<sup>2</sup> Jährlich fließen Milliarden an Entwicklungsgeldern nach Äthiopien. Nur ein sehr geringer Teil dieser Gelder ist allerdings der Förderung der demokratischen Konsolidierung und der Beachtung von Menschenrechten zugeteilt.<sup>3</sup> Präsident Barack Obama besuchte 2015 als erster amtierender amerikanischer Präsident Äthiopiens. Er sprach zweimal von der Regierungskoalition als „demokratisch gewählt“. Und das obwohl die Regierungspartei bei den letzten Wahlen 100 Prozent der Stimmen und alle Sitze im Parlament erhielt und westliche Regierungen die Tatsache, dass der demokratische Raum in Äthiopien begrenzt ist und es regelmäßig Besorgnis erregende menschenrechtsrelevante Vorfälle gibt, anerkennen. Die Bekämpfung des islamischen Terrorismus am Horn von Afrika scheint bei westlichen Mächten derzeit Priorität zu haben und Äthiopien gilt als Verbündeter im Kampf gegen radikalen Islamismus. Es scheint, dass vor Menschenrechtsproblemen und fehlenden demokratischen Rechten im Land die Augen geschlossen werden.

Eine moderne, organisierte Zivilgesellschaft im demokratischen Sinne konnte in Äthiopien bislang ebenfalls nur schwer Fuß fassen. Die gesetzlichen Bestimmungen sind restriktiv. Die Teilnahme an Aktivitäten zur Förderung von Menschenrechten, Gleichbehandlung, Rechte von Minderheiten und Frauen sowie die Stärkung von Konfliktlösungsmechanismen usw. ist eingeschränkt.

Nichtregierungsorganisationen, die Kritik an der Regierungspolitik üben, werden routinemäßig „eingeschüchtert“.<sup>4</sup> Trotz des in der Verfassung von 1994 niedergelegten Rechts auf Meinungsfreiheit wird die Presse in Äthiopien umfassend kontrolliert. Elektronische Medien werden zensiert, die wenigen sich im Privatbesitz befindenden Print-

medien sind im ständigen Konflikt mit der Regierung. 1991 wurde ein striktes Pressegesetz verabschiedet, auf Basis dessen Journalisten wegen Verleumdung und Hetze gegen die Regierung bestraft werden können. Auch das Mobilfunknetz und die Internet-Medien werden angeblich von der Regierung abgehört.<sup>5</sup>

## NEUN FAKTEN ZUM FÖDERALEN SYSTEM IN ÄTHIOPIEN

### **1. Äthiopien ist der älteste noch bestehende Staat sub-Sahara Afrikas und eines der ältesten Länder der Welt mit einer langen Geschichte von Königreichen, Eroberungen und Unabhängigkeit**

Aufzeichnungen über Äthiopien reichen bis in die Vorgeschichte zurück. Nach einer Legende im Alten Testament wurde das Kaiserreich Abessinien von Kaiser Menelik I., Sohn König Salomons und der Königin von Saba, 980 vor Christus gegründet. Die historisch belegte tatsächliche Gründung des Äthopiens unter dem Namen Abessinien erfolgte im ersten Jahrtausend vor Christus durch den Stamm der Habescha. Das nach der Hauptstadt Aksum benannte, später koptisch-christliche Aksumitische Reich, das Teile des heutigen Äthopiens abdeckt, stand in Handelsbeziehung zu den arabischen sowie den Mittelmeerländern und Indien. Im 10. Jahrhundert wurde das Aksumitische Reich aufgelöst und zum ebenfalls christlichen Kaiserreich Amhara. Amharisch wurde erstmals offizielle Landessprache.

Ein Versuch der Portugiesen, das Land Ende des 15. Jahrhunderts zu erobern und zum katholischen Glauben zu bekehren, schlug fehl. Das Kaiserreich splitterte sich in den nächsten 200 Jahren in Fürstentümer auf. Aufgrund einer zu dieser Zeit bestehenden regionalen Verwaltungsorganisation, bei der eine strukturelle Anbindung an eine Zentralgewalt mit gewissem Zusammenhalt zwischen den Verwaltungseinheiten

bestand, wird die Meinung vertreten, dass von einer obgleich pränaturen, dezentralisierten Ordnung gesprochen werden kann.<sup>6</sup> Die Fürstentümer wurden erst ab 1855 durch Tewodros II. in ein zentrales Kaiserreich mit Staatsgebilde integriert, womit der Grundstein für den modernen äthiopischen Staat gelegt wurde.<sup>7</sup>

### **2. Die heute bestehende geografische Fläche Äthopiens geht auf die Eroberungen von Kaiser Menelik II. zwischen 1889 und 1913 zurück**

Die Eroberungen von Kaiser Menelik II. erweiterten die Grenzen des Landes im Süden, Westen und Osten. Sein dauerhaftes Vermächtnis ist die Entstehung von Äthiopien mit dessen gegenwärtiger geografischer Form, der Hauptstadt Addis Abeba und multi-ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Äthiopien blieb im 19. Jahrhundert trotz Kolonialisierungsversuchen und Expansionsbestrebungen des benachbarten Sudans unabhängig: Italienischen Invasionsbestrebungen wurde in der Schlacht von Adwa (1896) erfolgreich die Stirn geboten; Die Küste fiel jedoch den Kolonialmächten zum Opfer. Eritrea, das vormals zu Äthiopien gehörte, wurde italienisches Protektorat, das heutige Dschibuti ging an Frankreich. Das Gebiet Eritreas stand später unter britischem Protektorat, wurde dann unter Autonomie 1952 an das äthiopische Kaiserreich angeschlossen, bis es 1961 mit Annektierung als Verwaltungsprovinz durch Kaiser

Haile Selassie wieder abhängiger Bestandteil Äthiopiens wurde. Erst 1993 sollte der Unabhängigkeitskrieg zur Bildung einer unabhängigen Regierung in Eritrea führen.

### **3. Kaiser Haile Selassie (1930-1974) führte die erste Verfassung Äthiopiens und eine zentralistische Verwaltung ein**

Der 1930 gekrönte, letzte Kaiser Abessiniens, Haile Selassie, folgte der Politik der Zentralisierung und Modernisierung seiner Vorgänger. Im Jahr 1931 führte er mit der ersten geschriebenen Verfassung des Landes eine konstitutionelle Monarchie ein, deren Hauptaugenmerk neben der Abschaffung der Sklaverei die Konsolidierung der eigenen Macht war. Die Verfassung enthielt weder Bestimmungen über Bürgerrechte noch gab sie den äthiopischen Bürgern ein Wahlrecht. Unter Selassie wurden regionale Fürsten in den einzelnen Regionen systematisch entmachtet und ein zentral geführtes Militär eingeführt.<sup>8</sup>

Selassie versuchte, einen Einheitsstaat auf der Grundlage einer kulturellen Assimilation zu bilden. Amharisch wurde zur Unterrichtssprache und zur Sprache des öffentlichen Diskurses; die christlich-orthodoxe Kultur zum Kern nationaler Identität.

Kulturelle und strukturelle Ungleichheiten wurden nationalistischen Ziele untergeordnet. Andere ethnische Gruppen wurden den Amharen, die den Regierungs- und Verwaltungsapparat stellten, systematisch unterworfen. Diese Politik führte schließlich zur Revolution, die mit dem Sturz Selassies im Jahr 1974 durch das kommunistische Militärregime "Derg" (Amharisch für "Komitee"), einer Gruppe von "unausgereiften Marxisten"<sup>9</sup>, endete.

Obleich er primär am Machterhalt interessiert war und folglich keine Opposition zuließ, gab es unter Selassie dennoch eine ganze Reihe positiver gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen. Selassie förderte landwirtschaftliche Modellbetriebe und investierte in große Infrastrukturprojekte.

Darüber hinaus wurde unter seiner Regierung eine unabhängige Verwaltungsstruktur sowie ein einheitliches Währungssystem mit einer Zentralbank geschaffen.

### **4. Den eigentlichen Ursprung für Bestrebungen hin zu einer dezentralen Struktur bilden jahrelange ethnische Spannungen unter den Bevölkerungsgruppen Äthiopiens**

Das föderale System sollte die Lösung einer ganzen Reihe von Problemen sein. Einige Experten sehen die Einführung des föderalen Systems als Konsequenz des Scheiterns der jahrzehntelangen Bestrebungen, einen Zentralstaat zu gründen.<sup>10</sup>

Das Staatsgebiet Äthiopiens umfasst über 90 unterschiedliche Ethnien, die für sich bereits Nationen bilden und nationale Identitäten haben. Eine klare Grenzziehung ist wegen der vielen Überschneidungen und einem permanenten Austausch zwischen den einzelnen Gruppen indes nicht möglich. Jede dieser Ethnien wollte sich allerdings auch mit politischer Macht ausgestattet sehen. Zudem mussten Kriterien eines westlichen Regierungssystems als Bedingung für die Aufnahme in den Staatenbund der Afrikanischen Union, damals noch Organisation für Afrikanische Einheit, mit den Realitäten im Land in Einklang gebracht werden. Insofern wurde eine "föderale Regierung mit afrikanischen Charaktereigenschaften" gebildet, in der "Nationen, Nationalitäten und Menschen" (Art. 8, 39, 47, 61 der Verfassung von 1994) Rechte, insbesondere das Recht auf Sezession, eingeräumt werden.<sup>11</sup>

Ziel war es, ein Gleichgewicht zwischen regionaler Identität und größtmöglicher staatlicher Einheit zu finden: Hierbei musste vor allem die Diversität der vielen Ethnien mit dem Bedürfnis nach der Definition einer eigenen Identität innerhalb eines nationalen Gefüges mit dem Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung, kollektive Selbstverwaltung (Art. 8) und kulturelle Autonomie (Art. 39 der Verfassung von 1994) berücksichtigt werden.

Eine Bestimmung zum Schutz von Minderheiten gibt es trotz historischer Benachteiligungen auch in der Verfassung nicht.<sup>12</sup> Jüngste Berichte<sup>13</sup> über Ausschreitungen der marginalisierten Gruppe der Oromo zeigen, dass die Realität in Äthiopien hinter den in der Verfassung niedergelegten guten Vorsätzen zu ethnischer Diversität und Selbstverwaltung zurück bleibt. Über 80 demonstrierende Studenten seien durch Sicherheitskräfte bei Ausschreitungen in der Region Oromia, aus der die Rebellengruppe der "Oromo Liberation Front" stammt, getötet worden. Proteste der Bevölkerungsgruppe der Oromo, die gut 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen (auf Regierungsebene dominieren die Gruppe der Amharen und Tigray), kämen ausweislich dieses Berichts regelmäßig vor. Demzufolge ist die Öffentlichkeit mit der stringent zentralistischen Wirtschaftspolitik der Regierung unzufrieden. Zudem sei die Regierung nicht gewillt, politischen Spielraum für oppositionelle Kräfte einzuräumen.

### 5. Die heute bestehenden föderalen Grundsätze gehen auf die Übergangsregierung, die das kommunistische Militärregime "Derg" 1991 stürzte und vier Jahre übergangsweise regierte, zurück

Das kommunistische Regierungssystem "Derg" verfolgte eine ihm typische zentralistische Politik nach sozialistischem Vorbild, wobei die "Klassenfrage über der Nationalitätenfrage" stand.<sup>14</sup>

Das Militärregime führte ein System bestehend aus vierundzwanzig Verwaltungsregionen und fünf autonomen Regionen innerhalb eines einheitlichen Staatsapparats ein. Es kam allerdings zu keiner wirklichen Übertragung von Befugnissen. Das Regime initiierte ein Massenalphabetisierungsprogramm, Kirchen verloren ihre Macht und Oppositionsbestrebungen wurden konsequent unterdrückt. 1983 kam es wegen Dürren und den jahrelangen Auseinandersetzungen im Zuge des Bürgerkriegs (1974 – 1991) zu einer Hungerkatastrophe, der über eine Million

Menschen zum Opfer fielen. Regimegegner, die insbesondere aus der Provinz Eritrea stammten, richteten sich vordringlich gegen den ethnischen Nationalismus und führten letztlich zum Sturz der Regierung. Nach vierjähriger Übergangszeit wurde 1995 die Bundesrepublik Äthiopien ausgerufen.

### Territoriale Gliederung



Quelle: TUBS (2012): Karte der politischen Gliederung von Äthiopien, URL [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Ethiopia\\_administrative\\_divisions\\_-\\_de\\_-\\_colored.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Ethiopia_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg) [10.01.2016].

### 6. Die Verfassung von 1994 teilte das Staatsgebiet Äthiopiens in neun Regionalstaaten, einen Stadtstaat und die Hauptstadt Addis Abeba ein

Die aus einer Koalition von ethnisch motivierten Widerstandsbewegungen, darunter der Volksbefreiungsfront von Tigray, hervorgegangene Regierungskoalition *Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Front (Koalition Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker; EPRDF)* bildete ab 1990 die Übergangsregierung unter Leitung von Meles Zenawi, später erster Premierminister Äthiopiens. Die Verfassung, die auf Grundlage einer Übergangscharta 1994 verabschiedet wurde, bekräftigt das Recht aller Volksgruppen auf Selbstbestimmung und begründete das Recht auf Einrichtung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit sowie das Sezessions-

recht vor dem Hintergrund einer politischen und Wirtschaftsgemeinschaft und des Gedankens der Interessenkonsolidierung. Darüber hinaus ist vorgeschrieben, dass das Staatsoberhaupt, der Ministerpräsident, der stellvertretende Vorsitzende und der Sekretär des Rates der Abgeordneten verschiedenen Ethnien angehören müssen. Die Verfassung sieht eine Trennung von Staat und Religion vor, schreibt Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung sowie die Beachtung von Menschen- und demokratischen Bürgerrechten vor. Die Staatsstruktur bildet ein föderales System regionaler Staaten, denen die freie Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, auf eine politische Gemeinschaft und eine Wirtschaftsgemeinschaft auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen und Perspektiven gewährt wird.

### **7. Die Grenzen der Regionalstaaten/Regionen bestimmen sich entsprechend Art. 46 der Verfassung nach ethnischen Gesichtspunkten wie Sprache und kultureller Identität**

Entlang ethno-linguistischer Linien bilden sich insgesamt elf regionale Verwaltungen. Es wird deshalb auch von "ethnischem Föderalismus" gesprochen. Hierdurch soll eine nationale Identität geschaffen werden.

Basis des äthiopischen Staatsgebildes ist demzufolge ethnische Zugehörigkeit. Obgleich sich die 80 ethnischen Gruppen Äthiopiens, die über 70 verschiedene Sprachen sprechen, uneinheitlich auf die Regionen verteilen, ist die Arbeitssprache Amharisch.

Dadurch dass sich die Regionen innerhalb des föderalen Systems an ethnischer Zugehörigkeit orientieren, finden politische Aktivitäten zumeist auch nur innerhalb einer ethnischen Gruppe statt. Die Regierungskoalition der EPRDF, ein Konglomerat ethnisch-basierter Parteien, bildet die einzige multiethnische nationale politische Parteienallianz im Lande.

### **8. Der politische Fokus der Regierungskoalition EPRDF liegt auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und nicht auf demokratischer Konsolidierung**

Seit den 1990er Jahren wird Äthiopien von einer Parteienkoalition regiert. Die Legitimation der EPRDF-Regierung in Äthiopien basiert Berichten<sup>15</sup> zufolge auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die programmatisch Priorität hat. Politische Reformen stehen nicht primär im Fokus. Trotz des Versprechens, mittels einer inklusiven Regierung politischen Konflikten vorzubeugen, positionierte sich die EPRDF bislang als dominante Regierung, die das von der Verfassung vorgegebene ethno-föderalistische System bislang nicht vollständig implementiert hat.<sup>16</sup> Folglich kann von einer integrativen und demokratischen Konsolidierung in Äthiopien (noch) nicht gesprochen werden.<sup>17</sup> Politische Opposition wird nicht zugelassen, der Handlungsspielraum der Opposition konsequent beschnitten, demokratische Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden nicht immer gewährt. Die Regierung beschuldigt die Opposition und protestierende Terroristen, die Entwicklung des Landes unterbinden zu wollen. Insbesondere in der Region Oromia wird die Forderung nach größerer Autonomie und konsequenter Umsetzung des föderalen Systems lauter. Die Proteste richten sich gegen das politisch zentralisierte Parteiensystem, welches den Raum für Opposition, religiöse Gruppen und die Zivilgesellschaft konsequent beschneidet.

2009 verabschiedete die Regierung eine Anti-Terrorismus-Proklamation, die Terrorismus als „Beeinflussung der Regierung“ definiert. Die Proklamation gibt Strafverfolgungsbehörden umfassende Rechte, um diesbezüglich verfahrenssichernde Ermittlungen durchzuführen. Hierzu gehören Durchsuchungen und Inhaftierung (Untersuchungshaft) von Verdächtigen zu Ermittlungszwecken von bis zu vier Monaten.<sup>18</sup> Tatsächlich wird von außergerichtlichen Verfolgungen und unverhält-

nismäßigen Gewaltanwendungen durch Sicherheitsbehörden berichtet.<sup>19</sup>

Dieses Gewaltszenario droht die äthiopische Gesellschaft zu spalten und Bestrebungen, unter Berücksichtigung ethnischer Toleranz eine nationale Identität zu schaffen, zu konterkarieren. Schon jetzt besteht eine „unnötige Selbstwahrnehmung“<sup>20</sup> der Bevölkerung in Bezug auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Ethnien. Es ist an der Regierung, den politischen Raum für oppositionelle Bestrebungen zu öffnen, andere Akteure anzuhören und in den Entwicklungsprozess des Landes einzubeziehen.<sup>21</sup>

Die politische Kontrolle der Regierung leitet sich nicht allein von den Erfolgen der Partei bei den nationalen Wahlen ab, sondern geht auch auf ein dichtes Netzwerk, die Koalition unterstützender Personen in unteren Regierungs- und Verwaltungsebenen, zurück. Das kann einerseits als Unterstützung der zentralen Regierung gewertet werden. Andererseits kann diese Form der Einflussnahme auf politische Angelegenheiten der Regionen aber auch als Beschneidung deren Souveränität und Einmischung in das Recht auf regionale Selbstverwaltung gewertet werden.<sup>22</sup>

Die besondere Einbettung des Militärapparats in die Regierungsstruktur trägt zum Machterhalt der Regierung nicht unerheblich bei. Die strukturelle Grundlage hierfür wurde bereits unter dem Kommunistischen Militärregime „Derg“ gelegt. Das Militär liefert bis jetzt eine Garantie für den Machterhalt. Ein Ethos von militärischer Solidarität zu den politischen Führern hat auch in den letzten 20 Jahren zu Stabilität beigetragen.<sup>23</sup>

**9. Nachdem das Regierungsbündnis der EPRDF, das seit 2012 von Premierminister Hailemariam Desalegn geleitet wird und bei den Parlamentswahlen 2010 bereits 99,6 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, erhielt die Koalition bei den letzten Wahlen in 2015 100 Prozent der Stimmen<sup>24</sup>**

Bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 2015 konnte die Regierungskoalition 100

Prozent der Stimmen für sich vereinnahmen und sämtliche der 546 Sitze im Parlament sichern. Dieses Ergebnis wird allerdings nicht ausnahmslos als Gütesiegel für Premierminister Hailemariam Desalegn und seine Regierungskoalition gesehen. Vielmehr ist es das Ergebnis eines politischen Systems, in dem die Oppositionsparteien vor existenzielle Herausforderungen gestellt und Bürger von einer Beteiligung an politischen Debatten konsequent ausgeschlossen werden. Insgesamt waren 58 politische Parteien registriert. Im Vorfeld der Wahlen wurden mehrere führende Mitglieder der Opposition und Journalisten unter dem Vorwurf des Terrorismus verhaftet. Oppositionsparteien berichteten über Schwierigkeiten bei der Registrierung von Kandidaten und der gesetzlichen Berechtigung zur Parteifinanzierung. Mitglieder von Oppositionsparteien seien verhaftet und/oder schikaniert worden, Kampagnenmaterial sei konfisziert oder zerstört worden. Die Opposition leidet indes aber auch unter generellem Desinteresse von Seiten der Bevölkerung und internen Grabenkämpfen. Davon habe die Regierungspartei auch profitiert. Die Oppositionsparteien seien sehr viel schwächer aufgetreten als in den vorherigen Wahlen.

Generell erhofft man sich allerdings von der allgemein steigenden Unzufriedenheit mit den strengen Kontrollen durch die Regierung eine bessere öffentliche Debatte auch im Nachgang der Wahlen. Innerhalb der Landbevölkerung genießt die Regierungspartei die größte Popularität und Loyalität, weil lokale Bauern auf Zuschussleistungen für die Bewirtschaftung von Bewässerungssystemen und die Beschaffung von Dünger angewiesen sind. Für viele lokale Bauern geht es bei den Wahlen eher um die Erfüllung einer Pflicht, nicht um die Ausübung des Rechts auf freie Wahl. Wenn man sich vor Augen führt, dass 80 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben, wird schnell klar, wo die Regierungspartei ihre Basis hat. Eine solch überragende Dominanz herauszufordern, sei selbst für populäre Oppositionsparteien äußerst schwierig,

da diese nicht auf starke regionale Netzwerke zurückgreifen können.<sup>25</sup> Das Land wird faktisch zentralistisch regiert. Nichtsdestotrotz ist die Einflussnahme auf die Bevölke-

rung auf regionaler Ebene einer der wichtigsten Faktoren des Wahlerfolgs der Regierungskoalition.

## FÜNF FRAGEN AN ZEMELAK AYELE

**Das föderale System wurde 1995 in erster Linie zur Integration der einzelnen ethnischen Gruppen eingeführt. Wie steht es inzwischen mit der Einbindung der einzelnen Ethnien in politische Entscheidungsprozesse in Äthiopien?**

**Ayele:** Das föderale System wurde unter der Prämisse eingeführt, dass die damals bestehende zentralstaatliche Struktur keine optimale Voraussetzung für die gesellschaftspolitische und soziale Entwicklung der verschiedenen Kulturen und Sprachen der Menschen bot. In einem Land mit mehr als 80 Volksgruppen war beispielsweise Amharisch damals die einzige zulässige Amts- und Unterrichtssprache. Das zentralistische System hatte eine lange Geschichte von Misserfolgen im Hinblick auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische sowie die soziale Entwicklung im Lande. Das föderale System, oft auch "ethnischer Föderalismus" genannt, strebt danach, die ethnische Vielfalt der Menschen, durch die Schaffung von territorialen und politischen Einheiten entlang der traditionellen Siedlungsmuster der ethnischen Gemeinschaften zu assimilieren.

Die Gebietseinheiten umfassen drei Ebenen: Staatsebene (Region), Zone und Bezirk (Woreda). Diese territorialen und politischen Einheiten sind mit verfassungsrechtlich garantierten Kompetenzen ausgestattet, die für die Förderung der Sprache und Kultur der jeweiligen ethnischen Gemeinschaften relevant sind. Hierzu gehört insbesondere das Recht, die eigene Sprache als Amts- und Unterrichtssprache für die Grundschulbildung zu bestimmen. Das föderale System ermöglicht darüber hinaus Repräsentation der einzelnen ethnischen Gemeinschaften auf Bundesebene in politischen und admi-

nistrativen Institutionen, einschließlich der Polizei und Armee.

Die Einteilung der Länder und substaatlichen territorialen und politischen Einheiten hat dazu geführt, dass marginalisierte Regionen auf ihrem eigenen Gebiet, unter Wahrung ihrer Identität und ihres eigenen Stolzes, über ihre eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden können. Die Repräsentanz von Randgruppen in den Institutionen des Bundes als Abgeordnete, Minister, Botschafter gibt ihnen ein Gefühl der Verantwortung und Eingebundenheit in die Angelegenheiten des Landes.

Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass das föderale System in jeder Hinsicht ein voller Erfolg ist. Die territoriale Methode der Aufteilung und Repräsentanz scheitert beispielsweise an der hohen Diversität und dem Zustrom unterschiedlicher Gruppen in urbane Zentren. Darüber hinaus werden verschiedene politische Ansichten innerhalb der einzelnen ethnischen Gruppen nicht gleichermaßen in lokalen, staatlichen und bundesstaatlichen Regierungsstrukturen wahrgenommen und vertreten. Es gibt nur eine einzige politische Partei, die zusammen mit ihren Koalitions-Mitgliedern alle Ebenen der Regierung steuert und wenig tatsächliche Mitbestimmung und Repräsentanz zulässt.

**Wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung in Äthiopien anschaut, gilt Äthiopien als Vorreiter auf dem Kontinent. Hat der Föderalismus einen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet und zu einer Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen in Äthiopien beigetragen?**

**Ayele:** Als primäre Strategie zur Armutsbekämpfung begann die äthiopische Bundesregierung 2000 damit, ein Dezentralisierungsprogramm zur politischen und finanziellen Stärkung lokaler Regierungen zu implementieren. Unmittelbar vor Beginn der Umsetzung dieser Strategie lebte fast die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut. Es herrschten wirtschaftliche Not, Hunger, Unterernährung, Analphabetismus und epidemische Krankheiten. Über 45 Prozent der Bevölkerung war unterernährt, die Lebenserwartung lag bei unter 50 Jahren, nur 23 Prozent der Kinder im Vorschulalter besuchten die Grundschule.

Die Armutsprävalenz hat sich in den Jahren 2009 und 2010 dann von fast 50 Prozent auf 29 Prozent verringert. Auch im humanitären Bereich konnte sich Äthiopien verbessern. Berichten zufolge liegt die Einschreibungsrate bei Grundschulen mittlerweile bei über 95 Prozent. Die Zahl der Menschen, die unter Mangelernährung litten, war in den Jahren 2009/2010 auf 28 Prozent gesunken, bis die derzeit vorherrschende Dürre den Trend unterbrach. Man ist sich einig, dass die Dezentralisierung ein positiver Einflussfaktor für diese Erfolge war und bleibt. Es ist allerdings zu beachten, dass der Verfassungsrahmen den lokalen Regierungen keine klaren funktionellen Kompetenzen gegeben hat. Lokale Regierungen haben kaum interne Einnahmequelle und sind von staatlichen Transfers abhängig. Die oben genannten Fortschritte wurden somit trotz solcher institutionellen Beschränkungen erreicht.

**Gemäß Weltbankdaten hat Äthiopien eine Gesamtarbeitslosenquote von 5,2 Prozent an der erwerbstätigen Bevölkerung. 7,1 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, die zwischen 15 und 24 Jahren alt ist, ist ohne Arbeit. Im Vergleich zu Kenia mit einer Rate von 17,4 Prozent ist dies immer noch relativ gering. Der Gini-Index (2013: 33,6) bescheinigt Äthiopien eine relativ geringe Einkommensungleichheit.**

**a) Was ist der Trend in Bezug auf Beschäftigungschancen für Jugendliche vor allem in den Regionen? Fördern die Regionen selbst auch die Beschäftigung, insbesondere von Jugendlichen?**

**b) Spiegelt die geringe Ungleichheit, die Äthiopiens Bevölkerung bescheinigt wird, die Realität insbesondere in den Regionen wider und hat das föderale System hierzu beigetragen?**

**Ayele:** Das vergleichsweise niedrige Niveau der Ungleichheit in Äthiopien muss auf das ehemalige sozialistisch/ kommunistische System zurückgeführt werden. Unter diesem System wurden Industrien und Ländereien verstaatlicht. Anreize für private Investitionen wurden nicht geschaffen. Die Auswirkungen dieses Systems sind immer noch spürbar. Auch jetzt spielt der Staat noch eine dominierende Rolle in der Wirtschaft. Zum Beispiel hält der Staat eine Monopolstellung im Telekommunikationssektor und bei der Energieversorgung. Darüber hinaus gibt es vom Staat subventionierte Projekte, wie Wohnprojekte, die eigentlich in private Hand abgegeben werden könnten. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten und ist von Subsistenzwirtschaft abhängig. Offizielle Berichte bescheinigen einen wachsenden Trend hin zu mehr Ungleichheit.

Die äthiopische Regierung behält sich vor, Vorgaben in Bezug auf sämtliche Entwicklungsprogramme auf nationaler und regionaler Ebene zu machen. All diese Entwicklungsprogramme wirken sich direkt auf die Beschäftigung aus. Die Regionen und Gemeinden sind mit der Umsetzung dieser Projekte betraut, haben jedoch nur sehr geringe Gestaltungsmöglichkeiten. Unter den Projekten, die auf die Förderung von Beschäftigung ausgerichtet sind, gibt es beispielsweise ein Projekt zur Errichtung von günstigen Wohnungen. Dieses Projekt wurde entwickelt, um möglichst viele Stellen zu schaffen und insbesondere Jugendliche bei der Produktion von Baumaterialien wie Blöcken, Türen und Fenstern einzube-

ziehen. Dieses Projekt wird derzeit von Städten wie Addis Abeba implementiert.

Zunehmende Arbeitslosigkeit bedingt viele Probleme im gesamten Land. Ein alarmierender Trend ist der vermehrte Zuzug von Menschen aus ländlichen Gebieten in die Städte. Damit geht eine steigende Zahl von Arbeitssuchenden in urbanen Gebieten einher, eine Zahl mit der die Städte bisweilen überfordert sind. Zudem kommt es beunruhigend häufig vor, dass Hochschulabsolventen über längere Zeit arbeitslos bleiben.



**Zemelak Ayitenew Ayele**, LL.B (Addis Ababa University) LL.M & LL.D, University of the Western Cape, ist Forscher bei der National Research Foundation am Dullah Omar Institute for Constitutional Law, Governance and Human Rights (UWC). Zu seinen wissenschaftlichen Inter-

essen gehören Föderalismus, lokale Regierungsformen, Demokratie, Sicherheit in Äthiopien und dem Horn von Afrika. Er ist Autor des im Nomos Verlag unter der Reihe "Recht und Verfassung in Afrika" erschienenen Bandes "Local Government in Ethiopia - Advancing Development and accommodating ethnic minorities."

**Im Hinblick auf die institutionelle Ausgestaltung der dezentralen Entwicklung im Allgemeinen und der Dezentralisierung von Funktionen im Besonderen, inwieweit hat das föderale System in Äthiopien zur Festigung der Demokratie beigetragen? Hat das föderale System aus ihrer Sicht dazu beigetragen, Bürger mehr an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen? Wie steht es mit der politischen, fiskalen und administrativen Autonomie der Regionen?**

**Ayele:** Das äthiopische föderale System teilt sich folgendermaßen auf: es gibt neun Staaten, die die lokale Regierungsebene bilden. Darüber hinaus gibt es etwa 25 Zonen und über 700 Bezirke. Man könnte meinen, dass eine solch vielfältige Unterteilung staatlicher Einheiten auf die Existenz eines demokratischen Pluralismus schließen lässt. Dem ist leider nicht so. Die Regierungskoalition

EPRDF und die ihr nahestehenden Parteien sind in die Steuerung sämtlicher staatlicher Einheiten auf allen Regierungsebenen exklusiv involviert. Oppositionsparteien haben keinen einzigen Sitz in der Regierung oder im Parlament.

Für diesen Zustand gibt es mehrere Erklärungsansätze. Manche machen das Wahlsystem bzw. die Mehrheit der Wahlsysteme für den mangelnden demokratischen Pluralismus verantwortlich. Oppositionsparteien werfen dem Regierungsbündnis vor, den Staatsapparat zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen und demokratischen Pluralismus konsequent zu bekämpfen. Es liegt nahe anzunehmen, dass die Regierungspartei institutionelle und finanzielle Schwächen der Oppositionsparteien ausnutzt, um ihre Macht zu festigen.

Darüber hinaus besteht ein mangelndes Interesse auf Seiten der Oppositionsparteien, an den Lokalwahlen teilzunehmen. Die Oppositionsparteien boykottierten beispielsweise sämtliche der letzten fünf Kommunalwahlen, die seit 1995 abgehalten wurden. Es wird behauptet, dass sich Oppositionsparteien auf kommunaler Ebene Repressionen aussetzen würden. Andere sagen, dass Kommunalwahlen für Oppositionsparteien politisch irrelevant seien, da die zentrale Regierung Vorgaben hinsichtlich der politischen Linie macht und für die Umsetzung dieser auf regionaler Ebene sorgt.

Im Zuge des Dezentralisierungsprogramms wurde erwartet, dass es zu einer verstärkten Beteiligung der Bürgerschaft an politischen Entscheidungsprozessen, sowie einem verbesserten Austausch zwischen den lokalen Gemeinschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Regierung kommen würde. Tatsächlich wird auch berichtet, dass lokale Behörden versuchten, Organisationen der Zivilgesellschaft in den Planungs- und Budgetierungsprozess mit einzubeziehen. Der Sinnhaftigkeit dieser Initiativen steht allerdings oft das Argument entgegen, dass ein solcher Austausch einzig und allein aus dem Grund initiiert würde, um von Seiten der Regierung an Informationen aus dem

Kreis der Zivilgesellschaft zu gelangen. Nur sehr selten werden artikulierte Bedürfnisse der Bürger in Entscheidungsprozessen berücksichtigt. Demzufolge reflektieren auf diese Weise zusammengetragene Informationen nur sehr selten die tatsächlichen Bedürfnisse der Communities, sondern vielmehr artikulierte Interessen lokaler Eliten.

Hinsichtlich der Autonomie lokaler Regierungen gab es klare Richtlinien, die 2000 erlassen wurden, damit lokale Regierungen mehr Eigenständigkeit im politischen, administrativen und fiskalen Bereich erhalten. In diesem Zusammenhang wurden auch die lokalen Verfassungen geprüft. Es ist klar, dass die lokalen Regierungen einen gewissen Grad an Autonomie haben. Allerdings gibt es unzählige Faktoren, die diese Autonomie wieder beschneiden. So sind beispielsweise funktionale Kompetenzen der lokalen Regierungen nicht klar in den Verfassungen der Regionalstaaten definiert. Die lokalen Regierungen, von einigen wenigen Städten abgesehen, sind exzessiv von Haushaltszuweisungen von Seiten der Zentralregierung abhängig. Dieser Zustand fußt nicht direkt in der Verfassung, sondern hat vielmehr etwas mit der politischen Ausrichtung der Zentralregierung zu tun. Diese fiskale Abhängigkeit und die fehlende Berechtigung, selbst Steuern zu erheben, führt dazu, dass die von der Verfassung beschriebene Autonomie der Regionen tatsächlich untergraben wird. Die Tatsache, dass eine einzelne Partei mit zentralistischen Tendenzen alle Ebenen der Regierung kontrolliert, hat definitiv negative Auswirkungen auf die Selbstständigkeit der Regionen.

**Einer der Gründe für die Einführung des föderalen Systems war es, die zahlreichen Konflikte unter den 80 ethnischen Gruppen beizulegen. Hat die Einführung des föderalen Systems aus Ihrer Sicht zur Lösung dieser Konflikte und zur Förderung eines Ausgleichs zwischen regionalen und nationalen Identitäten beigetragen?**

**Ayele:** Der Bürgerkrieg, der bis 1991 zwischen der Zentralregierung und ethnisch

orientierten Rebellengruppen ausgetragen wurde, hat zu unaussprechlichem menschlichen Leiden, Tod und wirtschaftlicher Zerstörung geführt. Viele sind der Meinung, dass es zu einem weiteren Bürgerkrieg gekommen wäre, der sehr wahrscheinlich die Existenz des gesamten Landes als solches bedroht hätte, wäre nicht das föderale System eingeführt worden. Selbst wenn man diese extreme Meinung nicht vertritt, kann man doch nicht leugnen, dass das föderale System mit der Einführung von Selbstverwaltungsrechten auf regionaler und subregionaler Ebene Spannungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie entschärft hat.

Das bedeutet allerdings nicht, dass das föderale System sämtliche Gefahren für innerethnische Konflikte abwenden konnte. Es gibt immer wieder Berichte über innerethnische Konflikte, zum Beispiel Streitigkeiten in Regionen, in denen zwei oder mehrere indigene Gruppen vorherrschend sind, sei es durch Migration oder Siedlungsgeschichte. Obwohl die Tendenz besteht, solche Konflikte zu politisieren, besteht meiner Meinung nach mittlerweile nur eine sehr geringe Gefahr für die Gesamtexistenz des Staates.

Es gibt allerdings auch Forderungen, die insbesondere in den letzten zehn Jahren lautbar gemacht wurden, die ganz spezifisch auf territoriale Selbstverwaltung und das institutionelle Design sowie die zuvor beschriebene politische Praxis eingehen. Fast allen Forderungen von ethnischen Gruppen, nach der Erlaubnis eigene Bezirke einzurichten, wurde zugestimmt. Der Regierungspartei wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, keine ausreichenden Anstrengungen dahingehend zu unternehmen, den nationalen Zusammenhalt zu fördern. Vielmehr sei das Bewusstsein für ethnische Zugehörigkeit und Konkurrenz untereinander verstärkt worden. In letzter Zeit hat sich die Regierung allerdings darum bemüht, die ethnische Rhetorik zu minimieren. Forderungen nach mehr ethnischer Selbstbestimmung wurden auf Basis der Argumentation, eine staatliche und subregionale Einheit zu schaffen, nicht mehr zugestimmt. Für die Regierungspartei scheint die nationale

Agenda im Vordergrund zu stehen. Hierfür ist ein nationaler Konsens vonnöten, insbesondere wenn es um die Implementierung von nationalen Megaprojekten, wie zum Beispiel das Eisenbahnprojekt oder den Bau der Grand-

Ethiopian-Renaissance-Talsperre, geht. Streitigkeiten mit den Regionen kann man sich in diesem Zusammenhang nicht leisten.

Vielen Dank für das Gespräch!

## KURZÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHICHTE UND DIE MERKMALE DER DEZENTRALISIERUNG IN KENIA

Die Regelung der Dezentralisierung, die „Devolution“, ist das Kernstück der neuen Verfassung Kenias von 2010. Mit ihr ging die Übertragung politischer und administrativer Funktionen an 47 Verwaltungseinheiten (Landkreise), die sogenannten *Counties*, einher. Bestimmte Bereiche politischer Macht der Zentralregierung wurden regionalisiert und *Counties* mit eigenen staatsrechtlichen Kompetenzen und Aufgaben ausgestattet. Die ersten Landkreiswahlen, die zur Bildung von dezentralen Verwaltungsstrukturen, mit gesetzgebender (Kreisversammlung, *Assembly*) und exekutiver (Gouverneur und Leitungsgremium) Gewalt geführt haben, fanden 2013 erstmals statt. Bei diesen Wahlen wurde das dezentrale System offiziell lanciert. Es wurden 47 neue Gouverneure und lokale Parlamente sowie der Senat gewählt. Zahlreiche neue Gesetze wurden erlassen, die unter anderem die Bildung der *County*-Regierungen, die Organisation der Auftragsverwaltung und die Einrichtung spezieller Kommissionen, wie zum Beispiel einer unabhängigen Wahl-, Anti-Korruptions- oder Menschenrechtskommission usw. regeln.

Der Einführung von *Counties* und der Implementierung der „Devolution“ geht eine lange Geschichte Kenias als Einheitsstaat voraus. Das zentrale System behinderte jegliche Teilhabe der Bürger am politischen Geschehen, beeinträchtigte deren Selbstbestimmungsrecht und war primär darauf ausgerichtet, den Machtanspruch der Zentralregierung zu sichern.<sup>26</sup> Auch vor der Einführung der dezentralen Verwaltungsstruktur schien es Bestrebungen gegeben zu haben, politische Macht zu dezentralisieren. Unter Präsident Daniel arap Moi wurde in den 1990er Jahren

nicht nur das Mehrparteiensystem eingeführt, sondern unter der Prämisse, besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen zu wollen, richtete er 1982 Distrikte ein. Tatsächlich ging es zu dieser Zeit aber nicht darum, Funktionen zu übertragen, sondern den Staats- und Verwaltungsapparat umzustrukturieren, so dass unter Präsident Jomo Kenyattas Einparteiensystem etablierte politische Netzwerke aufgebrochen und zugunsten der damaligen Moi-Regierung neu positioniert wurden.<sup>27</sup> In Wirklichkeit gab es keine Absicht, den Distrikten mehr Unabhängigkeit zuzugestehen. Ziel der zentralen Regierung war es vielmehr, durch gezielte Personalverteilung mehr Einfluss auf Entwicklungsprojekte in der Peripherie zu nehmen.<sup>28</sup>

Das führte zu einer ungleichmäßigen Entwicklung hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen, dem Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und Wachstumsmöglichkeiten.<sup>29</sup> Diese Ausgangslage führte dazu, dass im Jahre 2000 von Seiten des kenianischen Parlaments ein Verfassungsreformprozess initiiert wurde, dessen verantwortliche Kommission 2005 ihren Bericht vorlegte.

### Das quasi-föderale System in Kenia

Kenias Dezentralisierung gestaltete sich als ein ambitionierter Regionalisierungsprozess, der bislang auch noch nicht vollständig umgesetzt ist. Jede der 47 neu gebildeten *Counties* musste nach den Wahlen 2013 eine neue Regierung bilden. Die Verfassungsänderung von 2010 sah darüber hinaus vor, ausgeglichene Kontrollen innerhalb der Regierung, eine verstärkte Rolle des Parla-

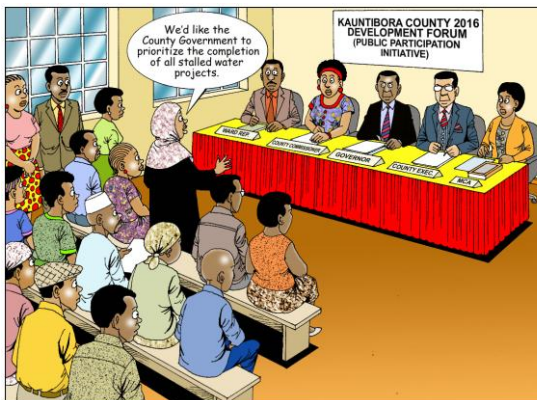
ments und der Zivilgesellschaft, eine unabhängige Judikative und eine progressive *Bill of Rights* zu schaffen.<sup>30</sup> Das Prinzip der Devolution ist fest in das System der kenianischen Verfassung eingeflochten.

Den *Counties* wurde das Recht eingeräumt, ihre eigenen Haushalte zu planen und Finanzen zu verwalten, sie genießen begrenzte Steuerhoheit und sind über den Senat als Repräsentationsinstanz in die nationale Gesetzgebungstätigkeit eingebunden. Die Verfassung setzt darüber hinaus Prozesse zur Regelung von Streitigkeiten zwischen der Zentralregierung und den *Counties* fest. Die *Counties* sind dabei relativ, aber nicht vollständig autonom. Sie sind der Zentralregierung zwar nicht unterstellt, haben aber eine Koordinations- und Durchführungspflicht im Hinblick auf national erlassene

Richtlinien.<sup>31</sup> Es fehlt an dem für ein föderales System qualifizierenden Element der verfassungsmäßig garantierten Souveränität. Mithin kann man auch nicht von einem gänzlich föderalen System sprechen. Allerdings kann die nationale Regierung die Verfassung nicht ohne Zustimmung der *County*-Repräsentanz ändern.

Im Hinblick auf die Übertragung und Dezentralisierung von Verwaltungs-, Regierungs- und Gesetzgebungsbefugnissen wurden den *Counties* insbesondere Regelungsbefugnisse eingeräumt und Verpflichtungen im Rahmen der Leistungsverhaltung (staatliche Leistungen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, die dem Bürger bereitgestellt werden) auferlegt. Hierzu gehören unter anderem die Bereiche Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Kultur.<sup>32</sup>

### Projekte der HSS



Quelle: Kalender 2016 zur Bildungsarbeit auf County-Ebene erstellt von HSS-Partner in Kenia "Ecumenical Centre for Justice and Peace".

Einer der Arbeitsschwerpunkte der Hanns-Seidel-Stiftung in Kenia ist es, einen Beitrag zur Förderung der Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen und Planungsprozessen zu leisten. Hierzu gehört auch die Förderung verantwortungsvollen politischen Handelns von Politikern sowie die Verbesserung des Zugangs zu politischen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, sowie die aktive Unterstützung des Informationsaustauschs und der Kooperation und Koordination unter Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien.

Durch individuelle und strukturelle Förderung von politisch engagierten Individuen, Institutionen der Zivilgesellschaft und Regierungsinstitutionen auf County-Ebene wird unter Berücksichtigung des Devolutionsprozesses mit sowohl zentral als auch dezentral angelegten, partizipativen Interventionen durch den Partner "Ecumenical Centre for Justice and Peace" und "INUKA Kenia" das Verständnis für demokratische Zusammen-

hänge und individuelle Rechte verbessert (Lernen für Demokratie und Zivilgesellschaft). Durch praktische Initiativen und die Verwendung innovativer Tools und Lernmaterialien, wie z.B. Comics, fördert die Hanns-Seidel-Stiftung mit der Unterstützung der genannten Partner-Organisationen die gesellschaftspolitische Partizipation auf County-Ebene. Ziel ist es, dass sich Bürger zunehmend in die Lage versetzt sehen, ihre Rechte sowohl innerhalb einer Organisation oder Community als auch individuell verstärkt wahrzunehmen.

Darüber hinaus werden die Kapazitäten von County-Regierungen im Bereich der guten Regierungsführung über die Unterstützung des Partners "Institute of Communication and Development International" gestärkt. Zu den Bildungsinhalten gehören die Verbesserung demokratischer Kompetenzen und politischer Fähigkeiten der County-Regierungen (Legislativ- und Exekutiv-Organen) insbesondere hinsichtlich gesetzlicher Vorgaben in Bezug auf die Beteiligung der Öffentlichkeit, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, den Grundsätzen von Transparenz und Rechenschaftspflicht und dem Erfordernis der Bürgerbeteiligung auf County-Ebene.

Die Hanns-Seidel-Stiftung leistet durch beide Initiativen wichtige Beiträge zur Unterstützung des Devolutions-Prozesses in Kenia.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:  
[www.hss.de/kenia](http://www.hss.de/kenia)

## SIEBEN FRAGEN AN JAMES SHIKWATI

**Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung in den *Counties* - fünf Jahre nach der Umsetzung der neuen Verfassung und der Einführung des dezentralen Systems in Kenia?**

**Shikwati:** Die Einführung des dezentralen Systems in Kenia hat dazu geführt, dass öffentliche Dienstleistungen, anders als in der Vergangenheit näher an die Bürger in Kenia gekommen sind. Das gilt insbesondere für die ariden Gegenden im Norden Kenias, sowie die Küstenregion, beides Gegenden, die traditionell benachteiligt waren und die Serviceleistungen bis dahin vornehmlich von Organisationen der Zivilgesellschaft und Glaubensgemeinschaften empfangen hatten. Letztere errichteten Schulen und andere Infrastruktur. Nunmehr sind es die *County*-Regierungen, die ins Erscheinungsbild treten und ihren Bürgern beweisen wollen, dass sie in der Lage sind, öffentliche Dienstleistungen bereitstellen zu können. Beispielsweise konnte Kakamega *County* im letzten Jahr die größte Ernte in seiner Geschichte einfahren. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die *County*-Regierung dort sehr proaktiv gehandelt hat, und zum Beispiel dafür gesorgt hat, dass Saatgut und Düngemittel großflächig an Bauern verteilt wurden.

Man kann generell beobachten, dass jedes *County* versucht, dominante Wirtschaftssektoren, weiter auszubauen, um noch mehr von wirtschaftlichen Vorteilen zu profitieren. Das gilt insbesondere für den Landwirtschafts- und Tourismussektor. Einige *Counties* haben sich beispielsweise verstärkt für den Ausbau des inländischen Tourismus eingesetzt. Trotz dieser positiven Entwicklungen möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass wir uns in der Anfangsphase befinden und wir derzeit immer noch Babyschritte unternehmen.

**Was sind die größten Herausforderungen und Bewältigungsstrategien hinsichtlich der Finanzpolitik auf lokaler Ebene?**

**Shikwati:** Generell scheinen die *Counties* eine Menge pro-aktiver Strategien entwickelt zu haben, um Gelder effektiv zu konsumieren. Allerdings scheinen sie derzeit nur wenige Überlegungen dahingehend anzustellen, Gelder so zu verwenden, dass sie zu einer Erhöhung des Lebensstandards und Wohlstands in den *Counties* beitragen. Der Fokus scheint derzeit viel zu stark auf der Anhäufung von Finanzmitteln zu liegen. Insgesamt sind 15 Prozent des nationalen Haushalts für *Counties* reserviert. Natürlich ist es gut, sich darauf zu konzentrieren, diese Geldmittel zu erhalten und auszugeben. Meiner Meinung nach wird allerdings ein bisschen zu viel Energie darauf verwendet, möglichst immer größere Anteile von diesem Budget zu erhalten.

Ich sehe das Problem darin, dass Gelder derzeit nicht dazu verwendet werden, den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen. Vielmehr geht es darum, möglichst viele attraktive Entwicklungsprojekte zu implementieren. Letztere vermögen allerdings nur selten greifbare Erlöse zu erwirtschaften. Das führt dann dazu, dass für den Haushalt im Folgejahr mehr Mittel benötigt und angefordert werden.

Meiner Meinung nach gibt es nicht genügend durchdachte Strategien, die darauf ausgerichtet sind, dass die Bürger in den *Counties* in einer Weise profitieren, die zu einem Wachstum des Privatsektors, und mithin zu mehr Unternehmertum führt. Tatsächlich ist es eher so, dass die *Counties* ihre Unternehmer eher behindern als sie zu fördern, indem sie selbst die Rolle der Unternehmer übernehmen. Ein Beispiel ist die Vergabe von Subventionen, wie z.B. die Bereitstellung von Milchkühen, deren Milch durch Firmen weiter verarbeitet wird, die der *County*-Regierung nahe stehen.

Anstelle selbst mitzumischen, sollten die *Counties* eher dafür sorgen, dass die Bedingungen für Investoren und Unternehmer in ihrem *County* in den jeweiligen Sektoren verbessert werden. Wenn zum Bei-

spiel die Milchproduktion ein starker Sektor ist, sollten die Bedingungen für Investitionen im Bereich der Viehwirtschaft verbessert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die *Counties* die nationale Wirtschaft durch ihren ansteigenden Mittelbedarf langfristig eher belasten als sie voranzutreiben.



**James Shikwati** ist ein kenianischer Ökonom, Direktor des Inter Region Economic Network (IREN) in Kenia und gilt als Experte für Afrikas wirtschaftliche Entwicklung. Shikwati gilt als entschiedener Gegner der Entwicklungshilfe. Er studierte an der University of Nairobi (B.ED Arts 1994). Gemäß

einer Erhebung vom 6. Juli 2007 gehört Shikwati zu den 100 einflussreichsten Kenianern. Am 11. März 2008 nahm er als Repräsentant von 250 Young Global Leaders 2008 am World Economic Forum teil. James Shikwati wurde am 17.9.2015 mit dem "Walter-Scheel-Preis" für sein Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit ausgezeichnet.

### **Gibt es in den *Counties* Bestrebungen für eine Ausweitung der Finanzierungsgrundlagen, zum Beispiel durch eine extensive Steuerpolitik? Wie effizient sind die *Counties* bei der Erbringung lokaler Dienstleistungen?**

**Shikwati:** Im Hinblick auf die Steuerpolitik besteht in den *Counties* das Bestreben, Finanzierungsgrundlagen auszuweiten. Das hat bislang allerdings mehrheitlich dazu geführt, dass Steuern eingeführt wurden, die z.T. für die Schaffung eines Investitions- und unternehmerfreundlichem Umfelds eher hinderlich sind. So wurden beispielsweise in einem Fall eine Geflügelsteuer und eine Steuer für die Nutzung von Motorradtaxis eingeführt. Ich wurde kürzlich dazu aufgefordert, eine Steuer für die Nutzung eines Veranstaltungsortes im Rahmen der Buchung eines Konferenzsaales zu zahlen. Letzteres halte ich nicht unbedingt für kontraproduktiv, allerdings bedeutet das für mich auch einen geringen Anreiz, in diesem *County* eine Konferenz abzuhalten. Ich

habe die Steuer bezahlt, bislang allerdings noch keine Quittung erhalten.

Generell würde ich sagen, dass diese Ideen noch nicht gut genug durchdacht sind. Meiner Meinung nach sollten zusätzliche Steuern erhoben werden, um gewisse Sachverhalte besser zu regeln und Anreize für ein gewünschtes Verhalten zu schaffen.

Wenn zum Beispiel Gelder investiert werden, sollte die Investition an sich, also das Einbringen von Geldern oder Ressourcen in die *Counties* kein Steuertatbestand sein. Aus diesem Grund finde ich, dass eine Besteuerung der Nutzung von *Hotel-Facilities* als Konferenzort keine so gute Idee ist. Die Leute sollten sich nicht davon abgehalten sehen, Geld oder Ressourcen in das *County* einzubringen.

Nochmal: es sollte nicht in erster Linie darum gehen, mehr Geld zu machen, sondern Anreize für Investitionen zu schaffen. Bislang scheinen die *County*-Regierungen noch nicht in der Lage zu sein, diesen Gesamtkontext zu sehen. Das Bedürfnis die Finanzierungsbasis auszuweiten, um neue Projekte umsetzen zu können, steht im Vordergrund. Zuweilen fehlt es an den entsprechenden wissenschaftlichen Daten oder an Erfahrungen im Bezug auf die Haushaltspolitik seitens der *County*-Regierungen.

Ich habe darüber hinaus die Beobachtung gemacht, dass die *Counties* auch gerne große Versprechungen machen. Es werden beispielsweise große Wohnprojekte für ältere Menschen implementiert, die nicht immer ganz wohl überlegt zu sein scheinen. Wenn es zum Beispiel um die Schaffung von Wohnraum für ältere Menschen geht, reicht der Wohnraum allein nicht aus. Vielmehr müssen an den Wohnkomplex Dienstleistungen angeschlossen werden, die ältere Menschen dringend benötigen. Anstelle lose miteinander verbundene Häuser zu errichten, wäre die Errichtung eines Altersheimes wesentlich zielführender. Dieses Beispiel zeigt wieder, dass zwar der gute Wille vorhanden ist, es aber leider zu oft an einem planmäßigen Vorgehen hapert. Vor dieser Problematik scheinen alle *Counties* zu stehen.

Wenn man solche Projekte allerdings kritisiert, riskiert man den Vorwurf, gegen Fortschritt und Entwicklung zu sein. Hinsichtlich der Aufgabenverteilung war in der Übergangsphase auch teilweise nicht ganz klar, welche Funktionen und Aufgaben von *County*-Regierungen und welche von der nationalen Regierung übernommen werden. Insbesondere wenn der jeweiligen Funktion oder Aufgabe ein Budget zugeordnet ist, gibt es regelmäßige Auseinandersetzungen.

Es fehlt an Kapazitäten, die für die Übernahme von politischen Ämtern auf *County*-Ebene erforderlich wären. Viele der beschriebenen Probleme sind allerdings der Tatsache zuzuschreiben, dass wir uns auch immer noch in der Übergangsphase vom alten zum neuen System befinden. Ein besseres Management in der Übergangsphase hätte zu besseren Ergebnissen führen können. Auf der anderen Seite steht natürlich das große Problem fehlender personeller und organisatorischer Fähigkeiten und Kompetenzen (Kapazitäten) innerhalb der *County*-Regierungen und Assemblies. So sind zum Beispiel einige *Counties* ziemlich gut organisiert, was Personalentwicklung und -Management angeht. *Counties*, die in marginalisierten Gebieten liegen, haben schlichtweg nicht genügend gut ausgebildete Bürger, die für Positionen auf *County*-Ebene infrage kommen. In diesen Fällen musste man fast von null anfangen und den Leuten dort beibringen, wie man Bücher führt und Ausgaben ordnungsgemäß verwaltet. Es kam vor, dass in manchen *Counties* einfach Ausgaben getätigt wurden, die von der Wirtschaftsprüfung als nicht nachvollziehbar bewertet wurden. Insbesondere in den *Assemblies* fehlen häufig Kapazitäten, die notwendig wären, um der Aufsichtsfunktion ordnungsgemäß nachkommen zu können.

**Welche spezifischen Maßnahmen gibt es in den Counties, um Investoren anzulocken und den Handel zu fördern?**

**Shikwati:** Fast alle *Counties* halten regelmäßige Konferenzen zum Austausch mit Investo-

ren ab. Wenn man sich aber anschaut, wer an diesen Konferenzen teilnimmt, so ist es anders als in den großen *Counties* wie Nairobi und Mombasa nicht der Privatsektor, der hier dem Privatsektor gegenüber sitzt, sondern es sind die Politiker, die dort auf der anderen Seite des Tisches sitzen und mit Unternehmern über Investitionen reden. Ich sehe bei einem zu starken Einfluss der Politik im Privatsektor die Gefahr, dass ein Politiker vornehmlich an der Wahrnehmung eigener Interessen interessiert ist. Er wird immer die Tendenz haben, einen Vorteil aus der Situation zu ziehen, indem er zum Beispiel verlangt, Teil des Geschäfts zu sein oder an Profiten teilzuhaben. Die Tatsache, dass so viele Politiker auf dieser Ebene mitmischen, hat meiner Meinung nach auch dazu geführt, dass weniger ausländische Investoren auf die *Counties* setzen.

Im Gegensatz dazu bin ich der Meinung, dass es in Bezug auf einheimische Investoren gar nicht so schlecht aussieht. Beispielsweise haben der lokale Einzelhandel und die Immobilienwirtschaft in den *Counties* stark zugenommen. Insbesondere der Immobiliensektor boomt derzeit.

**Die neue Verfassung wurde entwickelt, um politische Macht zu dezentralisieren und die lokale Bürgerbeteiligung zu fördern. Die ersten Gemeindewahlen fanden 2013 statt. Ist es in der Zwischenzeit gelungen, einen Ausgleich zwischen den hohen Erwartungen der Bürger und den Realitäten vor Ort zu schaffen?**

**Shikwati:** In Bezug auf die Präsenz von Regierungsinstitutionen auf *County*-Ebene gibt es eigentlich nur gute Nachrichten für Kenianer. Es gibt nämlich Gegenden in Kenia, wie beispielsweise der Norden und die Küstenregionen, die seit der Unabhängigkeit noch nie einen Regierungsvertreter gesehen haben. Die Regierung trat für Menschen in diesen Gegenden nur als Militär oder Polizei ins Bild. Das erste Mal sehen diese Menschen Initiativen der Regierung. Also selbst wenn das Projekt eine schlechte Straße oder die Errichtung eines Schulgebäudes schlechter

Qualität ist, für diese Menschen hinterlässt das ein positives Bild in Bezug auf die Regierung. Serviceleistungen sind definitiv näher an die Menschen heran gekommen. Und gerade die Menschen in den benachteiligten Gebieten, haben das Gefühl bekommen, Kenianer zu sein und als solche wahrgenommen zu werden. Davor sahen sie sich als Somalier, Sudanesen oder Äthiopier, aber nicht als Kenianer. Mithin hat die Dezentralisierung auch die nationale Identität gestärkt. Andere Regionen, die zum Beispiel größeres wirtschaftliches Potenzial haben, sind natürlich mehr mit der Präsenz der Regierung vertraut. Alles in allem würde ich sagen, dass die Regionalisierung zu einem größeren Ausgleich geführt hat.

**Gibt es eine Tendenz in den Counties, Kandidaten auf Basis ihrer Kompetenz anstelle ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu wählen? Wie ist die Leistungsfähigkeit der Regierungen in den Counties?**

**Shikwati:** Es besteht generell eine größere Nähe zwischen der Regierung und den Bürgern. Letztere haben die Möglichkeit, Leistungen einzufordern und sich bei Nichtleistung oder Problemen zu beschweren. Im Hinblick auf Lokalwahlen und die Kandidatenauswahl denke ich, dass immer noch das Merkmal des Charismas entscheidend ist. So ist beispielsweise das Charisma der Regierungskoalition darauf ausgelegt, für Kenianer einer bestimmten ethnischen Gruppe attraktiv zu sein. Auch die Entscheidung über die Repräsentanz auf Wahlkreisebene liegt dann im Ermessen dieser Partei und wird nicht auf Basis von Leistungserbringung gefällt. Bislang würde ich folglich sagen, dass sich die Wählerschaft nicht die Frage stellt, ob der Kandidat die entsprechende Erfahrung und Fähigkeit hat, zu liefern, ob er oder sie zuverlässig ist und Versprechen einhalten kann. Vielmehr geht es bislang lediglich um die Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit.

Das muss man im Gesamtkontext sehen. In Kenia herrscht immer noch eine Politik der Ausgrenzung, d.h. dass diejenigen, die nicht

an der Macht sind, dafür Sorge tragen müssen, etwas von dem Kuchen abzubekommen. Das führt dazu, dass die Wählerschaft in Kenia dazu neigt, sich auf Zuteilungen zu konzentrieren. "Wie viel kannst du mir geben?", wird dann gefragt. Man ist sich der Tatsache bewusst, dass man nicht in den inneren Kreis gelangen kann. Demzufolge konzentriert man sich darauf, was man jetzt haben kann. Dieser Umstand führt dazu, dass die Politiker permanent unter dem Druck stehen, Geld an ihre Leute in den Wahlkreisen zu verteilen.

Wir haben folgende Beobachtung gemacht: Politiker in ländlichen Regionen geben generell nicht so viel Geld für ihre Kampagnen aus. Sobald der Politiker allerdings gewonnen hat, muss er austeilen. Anders steht es um den Politiker, der in einem urbanen Umfeld gewinnen möchte. So ein Politiker muss sehr viel mehr Geld in seine Kampagne investieren, um am Tag der Wahl sichtbar zu sein. Bis zur nächsten Kampagne hat man dann erst einmal seine Ruhe.

Wenn man als Wählerschaft folglich nicht Teil dieses inneren Kreises ist, geht es nicht darum, wie gut der Kandidat ist, sondern wie viel er ausgeben kann. Der innere Kreis dagegen ist damit beschäftigt, diesen zu erhalten und zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass dieser begrenzt bleibt.

Es besteht durchaus ein Trend in der kenianischen Bevölkerung Dinge zu hinterfragen. Insbesondere die sozialen Medien haben dazu beigetragen, dass Menschen immer mehr an politischen Debatten teilhaben und durchaus auch einmal Druck ausüben. Das gibt mir Hoffnung. Die Bürger fangen an, Fragen zu stellen. Ich schätze, dass wir uns weiter in dieser Richtung bewegen werden. Eine Möglichkeit, diese Tendenz zu verstärken, ist meiner Meinung nach, die Beteiligung der Bevölkerung an der Wohlstandsgenerierung, zum Beispiel durch die Förderung des Privatsektors, Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten und Kulturangeboten, durch soziales und politisches Engagement usw. Der Privatsektor und lokale Firmen haben ein berechtigtes Interesse daran, dass

sich die Verhältnisse in ihren *Counties* verbessern. Für diese Gruppe wird es dann von Bedeutung sein, welche Politik der Gouverneur plant umzusetzen.

Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass in den nächsten Wahlen 2018, insbesondere in den Wahlen zur lokalen *Assembly*, kompetentere Leute gewählt werden. Einen Grund hierfür sehe ich darin, dass Daten frei zugänglich und erhältlich sind. Von diesen Daten kann man durchaus Chancen für den jeweiligen *County*-Kontext ableiten. Ich glaube, dass die *Counties* in Zukunft unternehmerorientierter und geschäftsorientierter handeln werden und hiermit zu einer generellen Verbesserung des Lebensstandards und mehr Wohlstand beitragen werden.

**Die *Counties* scheinen mit nationalen und insbesondere internationalen Entwicklungsinitiativen überschüttet zu werden. Sind diese Unterstützungsleistungen tatsächlich relevant? Was könnte getan werden, um lokale, regionale und internationale Entwicklungszusammenarbeit aus der Sicht der *Counties* zu fördern?**

**Shikwati:** Erst einmal gehe ich davon aus, dass es bald allgemein gültige Investitionsrichtlinien in Kenia geben wird. Es muss dringend ein Rahmen geschaffen werden, der für alle Investitionen gelten muss. Das gilt insbesondere im Hinblick auf *Due Dilligence* / Integritätsprüfung von Unternehmen und Investoren. Generell gibt es eine ganze Reihe von Partnerschaften zwischen der Regierung von Kenia und Regierungen anderer Länder in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Sicherheit.

Was mir persönlich in der Konversation zwischen Regierungspartnern fehlt, ist die Einbindung des Privatsektors. Für mich ist die entscheidende Frage, wie sehr die Fähigkeiten des Privatsektors auf *County*-Ebene ausgebaut und somit deren Präsenz verstärkt werden kann. Für mich ist das das entscheidende fehlende Element. Die *County*-Regierung ist sichtbar, der Gouverneur ist sichtbar, nur der Privatsektor ist schwierig an den Tisch zu bekommen. Es scheint fast so,

als wäre der Privatsektor als Interessenvertreter für ausländische Investoren nicht existent.

Es ist wichtig, dass Investoren merken, dass in den *Counties* wirtschaftliche Bewegung ist. Armut ist kein guter Anreiz für Investitionen. Wichtig wäre, den Menschen deutlich zu machen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Vermögensgegenstände als ökonomisches Potenzial sichtbar zu machen, zum Beispiel eine von Massai betriebene Viehzucht als Ranch zu organisieren. Nach Ansicht des peruanischen Ökonomen Hernando de Soto, sind die Menschen nicht arm, sondern sie sind nur nicht in der Lage, das ökonomische Potenzial, was sie haben, so nutzbar zu machen, dass es in die nationale und internationale Wirtschaft integriert werden kann.

Gleiches gilt für die Tourismusbranche, die ebenfalls großes Potenzial hat. Wir müssen über den Elefantentourismus hinaus nach weiteren Potenzialen Ausschau halten. Hier verstecken sich unzählige Möglichkeiten, Werte für ökonomisches Potenzial zu identifizieren und hieraus einen Mehrwert zu schöpfen. Wenn aus Werten Kapital entsteht, wird sich die Situation sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht insbesondere auf *County*-Ebene nachhaltig ändern. Wirtschaftlich selbstbestimmte Menschen werden aufhören, Politiker um Geld zu bitten.

Meiner Meinung nach ist das der zweite Aspekt, der in der Konversation mit den Entwicklungspartnern zu kurz kommt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist zu beobachten, dass viel gutes Geld für gute Regierungsführung, Menschenrechte und Demokratisierung usw. ausgegeben wird. Wenn die Menschen, mit denen wir hier arbeiten aber nicht einmal in der Lage sind, ihr Vermögen in Kapital umzuwandeln, werden die Armen arm bleiben. Wir haben dann eine Situation, in der Menschen zwar wissen, wie das Wahlsystem Kenias funktioniert und dass sie über ein Wahlrecht verfügen. Wenn diese Menschen aber dann doch darauf warten, von

den Politikern Geld ausgehändigt zu bekommen, frage ich mich, ob diese Menschen tatsächlich partizipieren. Denn in dem Moment, in dem der Politiker etwas an seine Wählerschaft zahlt, ist meiner Meinung nach das Element der demokratischen Partizipation kompromittiert. Es wird so viel Geld ausgegeben, um die Wähler mit entsprechendem

Wissen für den Wahltag auszustatten. Die Menschen müssen aber vielmehr erst einmal in die Lage versetzt werden, ihr Leben und wichtige Entscheidungen in die eigene Hand zu nehmen. Nur dann können die demokratischen Ideale wirklich realisiert werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

## FAZIT

Beide Systeme, das äthiopische und das kenianische, scheinen sich auf unterschiedliche Weise noch in der Transformationsphase zu befinden. Kenia ringt noch mit der Umsetzung der Devolution und deren tatsächlicher Einbettung in das politische Gesamtgefüge. Es kann indes durchaus eine positive Bilanz im Hinblick auf die Auswirkungen der Devolution auf den demokratischen Konsolidierungsprozess und die wirtschaftliche Entwicklung im Lande gezogen werden. In Äthiopien gilt es, den positiven wirtschaftlichen Aufschwung auszunutzen und eine größere Öffnung des Landes hin zu ausländischen Investitionen zu unterstützen. Derzeit hat die Regierung noch einen stabilen Rückhalt in der Bevölkerung. Mittelfristig ist es jedoch vonnöten, anderen politischen Kräften mehr Platz einzuräumen, um auch sich selbst dem demokratischen politischen Wettbewerb auszusetzen.

**|| Uta Staschewski**

Auslandsmitarbeiterin Kenia/ Äthiopien

## ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Trading Economics (2016): Ethiopia GDP Annual Growth Rate, URL <http://www.tradingeconomics.com/ethiopia/gdp-growth-annual> [15.01.2016].
- 2 Vgl. Genet, Yikal, Vorsitzender der Blue Party, Oppositionspartei in Äthiopien im Interview mit The Africa Report, Nr. 70, Mai 2015.
- 3 Vgl. Smith, Jeffrey/ Ademo, Mohammed (2015): Rebcolt in an African Stasi State, Foreign Policy Magazine, Dezember 2015.
- 4 Vgl. Scherrer, Christian P. (2003): 'Ethiopia twelve Years After the Fall of Mengistu' in E.M. Bruchhaus (ed.), Hot Spot Horn of Africa: Between Integration and Disintegration, Munster, Hamburg, London: Lit Verlag.
- 5 Vgl. Smith/ Ademo (2015).
- 6 Vgl. Assefa, Fisseha (2006): "Theory versus practice in Ethiopia's Ethnic Federalism", in Turton, David, ed., Ethnic Federalism: the Ethiopian Experience Comparative Perspective, Addis Ababa University Press, Addis Ababa.
- 7 Vgl. Länderlexikon, Geschichte Äthopiens, URL [http://www.laender-lexikon.de/Äthiopien\\_\(Geschichte\)](http://www.laender-lexikon.de/Äthiopien_(Geschichte)) [16.01.2016].
- 8 Vgl. Zimmermann-Steinhart, Petra (2007): Föderalismus in Äthiopien, Außereuropäische Länderberichte, Jahrbuch des Föderalismus 2007, Seite 1 - 8, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, 1. Auflage 2008 Nomos Verlag.
- 9 Magenta, Abiye (2012): Ethiopia: a false hope? in: Democracy in Africa, 17.10.2012.
- 10 Vgl. Assefa, Feseha (2006): Federalism in Ethiopian and in multicultural societies in general, in: Recht in Afrika, Jg. 9, Nr. 1, S. 1-31.
- 11 Vgl. Goudappel, Flora/ Oosterhagen, Maarten (1996): Ethnicity, Federalism and Development – Constitutional Solutions for Ethiopia?, S. 2.
- 12 Vgl. Ayele, Zemelak Ayitew (2014): Local Government in Ethiopia: Advancing Development and Accommodating Ethnic Minorities. Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.
- 13 Vgl. Smith/ Ademo (2015).
- 14 Vgl. Zimmermann-Steinhart (2007).
- 15 Vgl. Fortin, Jacey (2015): "Ethiopia: No Time for Change", The Africa Report, May 2015, S. 44-47.
- 16 Vgl. Ayele (2014).
- 17 Vgl. Smith/ Ademo (2015).
- 18 Vgl. Fortin (2015).
- 19 Vgl. Amnesty International (2015): Amnesty Report 2015, URL <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2015/aethiopien> [11.01.2016].
- 20 Fortin (2015).
- 21 Vgl. Ebd.
- 22 Vgl. Jilke, Sebastian/ Bunar, Charly/ Volgmann, Felix (2013): Defekter Föderalismus in Afrika? Eine Bestandsaufnahme, EZFF (Hrsg.) 2013, Jahrbuch des Föderalismus, 2013, Baden-Baden, Nomos.
- 23 Vgl. Magenta, Abiye (2016): "Ethiopia: a false hope?" Democracy in Africa, 17 Oct. 2012.
- 24 Vgl. Fortin (2015).
- 25 Vgl. Ebd.
- 26 Vgl. Kangu, John Mutakha (2015): Constitutional Law of Kenya on Devolution, Nairobi, Strathmore University Press, 2015, S. 2.
- 27 Vgl. Cheeseman, Nic (2015): "Is Devolution in Kenya Sustainable?", 09.08.2015, Democracy in Africa.
- 28 Vgl. Ebd.
- 29 Vgl. Ebd.
- 30 Vgl. The World Bank (2016): Brief: The World Bank and Devolution in Kenya, Kenya's Devolution URL <http://www.worldbank.org/en/country/kenya/brief/kenyas-devolution> [11.01.2016].
- 31 Vgl. Kangu (2015): S. 10.
- 32 Vgl. Gathaka, Jephthah, et al. (2015): You and Your County. Understanding Devolution and Citizens' Participation, Nairobi: The Ecumenical Trust.